

Bericht des Ausschusses Sozialhilfe: „Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Bern vom 20.06.2008“ Stellungnahme Gemeinderat vom 14.08.2008

Intervention der PdA Bern in der Stadtratssitzung vom 4.09.2008

Eigentlich müssten sie uns Leid tun: In wahrer Goldgräberstimmung sind drei Kommissionsmitglieder aufgebrochen und haben keine Mühe gescheut, sich durchs Sozialamt zu buddeln – ständig auf der Hut und mit dem Verdacht, dass die fetten Fische sich im Verborgenen aufhalten, ihnen vorenthalten werden, wohl irgendwo gleich nebenzu.

Eigentlich müssten sie uns Leid tun: Denn was sie da ans Tageslicht brachten, ist magerer als mager. So kann es eben Leuten ergehen, die sich bei der Wahrheitsfindung auf die Aussagen von KronzeugInnen berufen, die ihren Auftritt und Abgang mit spektakulären Enthüllungen zu garnieren pflegen.

Eigentlich müssten sie uns Leid tun: Statt mit dem grossen Hecht präsentieren sich die drei Kommissionsmitglieder nun mit ein paar mickrigen Würmern, mit denen sie unsere Aufmerksamkeit zu ködern versuchen: Was sich da indiskret durch Zeitungsspalten schlängelt, stinkt – zwar nicht nach dem fetten Fisch. Auch leere Hände können unappetitlich daherkommen.

Sie könnten uns Leid tun – brauchen es aber nicht! Wie denn das? Ein Blick in das „Grundsatzpapier Sozialhilfe“ und in die aktuelle Stellungnahme des Gemeinderats lehrt uns: Die Saat ist längst aufgegangen! Die Kultur des Misstrauens gegenüber den von Armut Betroffenen hat sich längst in jene Kreise vorangefressen, die traditionellerweise Positionen der Solidarität, der gesellschaftlichen Rücksichtnahme und des sozialen Respekts vertreten haben.

Dabei hat sich am alten Spiel kein Deut geändert: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Wenn sich Firmen weigern, genügend Lehrstellen zu schaffen: Wer spricht denn da von Missbrauch? Wenn rücksichtslos restrukturiert wird: Wer spricht denn da von Betrug? Wenn Löhne gezahlt werden, die nicht bis zum Monatsende reichen: Wer spricht denn da vom Erschleichen von Leistungen?

Im Kanton Bern leben 4'000 Personen, die voll arbeiten und gleichzeitig auf Sozialhilfe angewiesen sind – „weil es nicht reicht“, wie der stellvertretende Vorsteher des kantonalen Sozialamts sich ausdrückt. Dieses Phänomen der „working poor“ offenbart den wahren Skandal – einen Skandal, der nicht erschnüffelt werden muss, der sich nicht auf Einzelfälle beschränkt, sondern offensichtlich ist – wenn man denn hinsehen will – und den allgemeinen Geschäftsbedingungen entspricht: der Logik des Profits.

Und wenn wir genauer hinschauen, können wir sogar entdecken, dass dieser allgemeine Skandal der Dumping-Löhne und das herbeigeredete Skandalchen um erschlichene Unterstützungsleistungen etwas miteinander zu tun haben, sich gegenseitig stützen, verstärken: Wer Armutsbetroffene unter Generalverdacht stellt, wer sich für Sozialschnüffelei und Arbeitszwang stark macht, leistet der Ausbreitung von Hungerlöhnen – mit oder ohne Zustupf öffentlicher Gelder – Vorschub.

Die PdA Bern setzt sich für Mindestlöhne und für Sozialleistungen ein, die über die Existenzsicherung hinaus die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen Leben ermöglichen. Der Kampf um anständige Löhne und der

Kampf gegen die unanständigen Angriffe auf Armutsbetroffene gehören untrennbar zusammen. Wer daran glaubt, mit Zugeständnissen auf der einen Seite sich Kompromisse auf der andern einhandeln zu können, wird aus den Zugeständnissen nicht mehr herausfinden: Sozialinspektoren, Datenschnüffelei, Arbeitspflicht. Und dann?

Mit viel Sensibilität fürs Detail hat sich eine Mehrheit des „Ausschusses Sozialhilfe“ mit den Hearing-Protokollen beschäftigt und sich in der Rolle der Prinzessin auf der Erbse gefallen. Wo bleibt aber die Sensibilität und soziale Phantasie, wenn es darum gehen würde, den Schaden abzuschätzen, den die Misstrauenskampagne gegen die Sozialhilfebeziehenden angerichtet hat und weiter und verstärkt anrichten wird. Ist es Kalkül, Vorurteil, Unbedachtheit?

In gewissen Bereichen scheint sich die Sensibilität gegenüber Missbräuchen aktuell durchaus in einem bescheidenen Rahmen zu halten: Zusätzliche Massnahmen gegen Steuerhinterziehung haben heute keine Chance gehabt im bernischen Grossen Rat. Abgeschrieben. Erledigt. Es ginge um rund eine Milliarde Franken. „Steuerschnüffler“? Kommt nicht in die bürgerliche Tüte!

Die PdA Bern hat weder aus dem Bericht des „Ausschusses Sozialhilfe“ noch aus der Stellungnahme des Gemeinderats etwas Neues erfahren. Beide Dokumente widerspiegeln den aktuellen Angriff auf eine ganze gesellschaftliche Gruppe. Den kennen wir bereits. Den lernen wir immer besser kennen. Auch der Widerstand gegen diese Politik der Ausgrenzung und Entsolidarisierung wird lernen.

Rolf Zbinden, PdA Bern, 4.9.08